

# Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

**Ercheint**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Wegzugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und  
bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von  
P. Hunold's Stadtdruckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

**Wegzugs-Preis:**  
für die einseitige Beilage über deren Raum 20 Pf.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 32.

Verlags-Nr. 49

Sonnabend, den 19. April 1919.

Verlags-Nr. 49

41. Jahrg.

## Ostern.

Wohl noch niemals war die gedankliche Verknüpfung zwischen dem geistigen Gehalte des Osterfestes und den zeitgeschichtlichen Erscheinungen schweriger als gegenwärtig. Ostern ist doch das Fest der Auferstehung und eines neuen Werbens, das Fest, über dem das Morgenrot der Hoffnung strahlt; trotzvoller Glaube und frohe Zuversicht sprechen aus den Worten der Osterbotschaft zu uns, und alles an diesem Feste weist aufwärts und vorwärts, weist uns den Weg zu einer schöneren und lichteren Zukunft. Hierzu aber wollen die Dinge der Gegenwart so ganz und gar nicht passen. Dab und grau, trost- und hoffnungslos herrt uns ihr Bild entgegen. Es läßt sich anscheinend keine schrilleren Diksonanz denken als diejenige, die zwischen der Osterfreude und den Zuständen, unter denen wir gegenwärtig leiden, flafft. Ein geistvoller Ruf, der Oelgenheit hatte, die Not seines Volkes aus der Nähe zu beobachten, hat kürzlich von den Birkungen des Volksweltismus gesagt: „Es ist eine Bartholomäusnacht im großen, die ihre Todesglocken über Rußland niederseht.“ Noch sind wir in Deutschland, Gott sei Dank, nicht ganz so weit, aber doch wahrlich nahe genug daran, und wer weiß, ob uns nicht bald die furchtbare Welle erfasst, die uns vollends in den Abgrund niederstürmet. Wo bleibt da, so fragen wir nochmals, die Brücke der Gedanten zwischen Ostern und der Wirklichkeit des uns umgebenden Lebens? Und doch, sie ist vorhanden.

Die Träger des Revolutionsgedankens rühmen und preisen das Neue, eben weil es ein Neues ist. Für sie ist ja auch Ostern nur ein Frühlingstest und eben deshalb die Analogie zwischen dem Neuen in der Natur und dem Neuen in der Menschheitsgeschichte mit spielender Leichtigkeit gegeben. Uns Christen will dieses Gedankenspiel reichlich flach, wo nicht absurd erscheinen. Nicht auf die Form als solche kommt es doch an, sondern auf den Inhalt, den sie in sich birgt, auf den Geist, der sich die Form für seine Auswirkung als Gefäß erwählt hat. Woher aber sollen wir den Geist nehmen, der uns zu wirklich neuen, dauernden und höheren Organisationsformen menschlichen Gemeinheitslebens führt. Den kann uns nur das Kreuz auf Golgatha und das offene Grab des Ostermorgens geben.

Darin liegt ja der Grundfehler den Sozialismus, daß er die warme, lebendige Menschenseele und das Wirken der Persönlichkeit aus seiner Rechnung ausschalten und alles unpersönlichen Mächten überlassen zu können glaubt. Daher der grandiose Widerspruch, daß man durch den Klassenkampf zu einer klassenlosen, durch die ständige Predigt von Haß und Neid zu einer auf altruistischen Gefühlen beruhenden und nur durch sie zu erhaltenden Gesellschaft gelangen zu können vermeint. Der Christ denkt umgekehrt und eben darum richtig. Erst die Menschen, dann die Zustände.

Wichtigste Kräfte, Kräfte, die allein uns fähig machen, in dem Wirrwarr und der Trübsal unserer Zeit unsere Diesseitigen Aufgaben zu erfüllen, stützen von dem mit gläubiger Inbrunst ergriffenen Bilde des gekreuzigten und auferstandenen Heilands aus. Die Märtyrer der ersten Christenzeit, die Glaubenszeugen der Reformation, die Puritaner und viele andere, in denen sich der christliche Geist eine besonders starke und eigenartige Ausprägung geschaffen hat, sind uns Zeugen dafür. Bismarck hat einmal gesagt, er würde sein Leben wie ein schmutziges Hemd fortzun, wenn er nicht von jenem lebendigen Christenglauben befeuert wäre, für den uns das Osterfest Siegel und Birkchaft ist. Darin liegt auch für uns die Ge-

dankebrücke zwischen dem traurigen Dunkel der Gegenwart und dem alle Zeiten überstrahlenden Glanze der Osterbotschaft. Der fromme Dichter von Dreizehnlinden, Friedrich Wilhelm Weber, hat einst seinem Sohne die Zeilen gewidmet:

„Wenn längst ich schlief unter Friedhofslinden,  
So sollst du dies bewahren im Gedächtnis  
Als meiner Liebe teuerstes Vermächtnis:  
Es ist in keinem Heil als nur im Kreuz zu finden.“

Wir schließen uns diesen Worten von ganzem Herzen und aus vollster Ueberzeugung an und grüßen mit ihnen das Osterfest des Jahres 1919, des ersten Jahres der Revolution. Es ist in keinem Heil, als nur im Kreuz zu finden.

## Eine Rundgebung des Reichspräsidenten.

W e i m a r, 15. April. Reichspräsident Ebert hat an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft gerichtet:

Die Nationalversammlung als berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und der Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt.

Ich begrüße die Rundgebung als das Bekenntnis unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein.

Die Nationalversammlung und die Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, Friede, Brot, Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerraches und der Rache beherrschen lassen und durch die Hungerblockade und die drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben.

Bereits vor fünf Monaten haben wir unter der Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir erfüllten die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes, lösten unser Heer auf und gaben die feindlichen Kriegsgefangenen heraus, aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch abgesperrt und werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichem Dual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns und für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Arbeit, Brot und ein neues Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eignen Volkes in dem Kampf verharren, der unser schwer daniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichtet droht. Wohl wurde viel gesündigt am deutschen Volke in den vier schweren Kriegs-

jahren, darum ist unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine Handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu fördern trachten.

Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat.

In wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Wirtschaft des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß den berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen, aber sinnlos politische Streiks sehen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Ein schleuniger Friede nach außen, stehend auf der Grundlage der Verständigung und eines Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern.

Darum wende ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: Laßt von der Selbstzerfleischung ab, überwindet Euch, tut die Augen vor dem Abgrund auf und arbeitet! Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wohin sie auch gehen während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht aufgegeben werden!

## Ueber Frieden und Völkerverständigung.

Heute liegen Meldungen über Äußerungen führender und einflussreicher Staatsmänner vor, die sich mit der Frage des Friedens und der Völkerverständigung befassen. Der deutsche Außenminister Graf Brockdorff-Rangau wurde von dem Vertreter einer großen Wiener Zeitung befragt. Churchill sprach bei einem Frühstück und Lloyd George trug dem Verrater seine Ansichten vor, wie er auch nach seiner Ankunft in London im Unterhaus sprach. Alle drei Staatsmänner legten offen ihre Ansichten dar, die darin übereinstimmen, daß sie einen baldigen Frieden für notwendig halten. Was die künftige Freundschaft zwischen den Völkern betrifft, so stehen die englischen Minister allerdings auf dem Standpunkt, daß sie an eine baldige Freundschaft mit Deutschland nicht glauben. Wohl aber halten sie eine Verständigung mit dem deutschen Volke nicht nur für möglich, sondern auch für dringend angebracht. Sehr sympathisch berührt die Erklärung des Grafen Brockdorff-Rangau, daß Deutschland auf der Friedenskonferenz nicht etwa die Rolle des Intriganten spielen, sondern offen und ehrlich eine Beteiligung aller zur Zeit noch bestehenden Differenzen anstreben will. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß diese Erklärung im Auslande so aufgefaßt wird, wie sie gemeint ist, damit der Friede nun endlich recht bald kommt.

Am 25. April Beginn der Friedens-Verhandlungen mit der Entente.

Paris, 16. April. (Renter.) Präsident Wilson gab gestern abend als Vorsitzender des Viererrats folgende Erklärung ab:

Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, der vollständigen Klärung so nahe gerückt sind, daß sie jetzt schnell durch den Endprozeß der Fertigstellung des Entwurfs gelöst werden können, beschloßen die vier, welche am längsten über diese Frage beraten, anzuraten, daß deutsche Bevollmächtigte eingeladen werden, mit Vertretern der assoziierten und kriegführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenzukommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratung über alle Fragen, die mit der Regelung des allgemeinen Friedens zusammenhängen, unterbrochen wird oder daß die Beratung dieser Fragen verzögert wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schnellerer Fortschritt gemacht wird, so daß man augenblicklich auch erwarten darf, daß sie für die Endregelung bereit sein werden. Man hofft, daß man in den Fragen, die Italien am unmittelbaren berühren, besonders in der abriatischen, jetzt zu einer baldigen Verständigung gelangen wird. Der abriatischen Frage wird resümiert vor den anderen Fragen der Vorrang gegeben. Das skandinavische Problem (continental study) wird in sein Endstadium gebracht werden, was speziell zu dem Vertrag mit Deutschland gehört, würde auf diese Weise erledigt sein, während gleichzeitig alle anderen Regelungen entsprechend fortwaltet werden. Es wird anerkannt werden, daß, trotzdem dieses Verfahren eingeschlagen werden muß, alle Fragen der augenblicklich großen Regelung Zelle eines Ganzen sind.

Sofortige Aufnahme der Friedensverhandlungen.

Genf, 17. April. Eine Havasdepesche meldet: Die Bedingungen an Deutschland sind so gehalten, daß man die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland als sicher annimmt. Die Verhandlungen sollen am 1. Mai beginnen. Man hofft, sie bis zur vorletzten Maiwoche abgeschlossen zu haben.

Temps meldet, die entschiedene Stellungnahme der deutschen Reichsregierung gegen die holländischen Ansprüche in Boyern und Braunschweig hat die Alliertenkonferenz in der Wichtigkeit für den Alliierten Antrag eingenommen, die Friedensverhandlungen sofort mit Deutschland aufzunehmen und innerhalb 4 Wochen zu Ende zu bringen. Dieser wichtige Beschluß erfolgte in der Alliertenkonferenz am Montag nachmittags nach Ablehnung der bekannten früheren Anträge Frankreichs einstimmig.

Kottexdam, 17. April. Eine Reutersdepesche aus Paris besagt: Die Adresse Wilsons ist nunmehr auf den 24. Mai festgelegt. Am 20. Mai findet die Schlußtagung der Alliertenkonferenz statt. Bis dahin soll unter allen Umständen der Friede mit Deutschland unterzeichnet vorliegen.

Daily News meldet, nach den Erklärungen Wilsons in der Montagtagung soll mit Deutschland über jeden einzelnen Vertragspunkt einzeln verhandelt und abgeklammert werden.

Genf, 17. April. Wie aus Paris berichtet wird, will Wilson in Frankreich bleiben, bis die deutschen Delegierten den Friedensvertrag unterschrieben haben. Er werde also frühestens Anfang Juni in Amerika eintreffen können. Wilson sei der Ansicht, daß die Unterhandlungen mit Österreich, der Türkei und Bulgarien nicht so lange dauern werden, wie mit Deutschland. Er hofft bei seiner Rückkehr dem Senat sämtliche Verträge unterschrieben vorlegen zu können.

Ueber die militärische Hilfeleistung, die Lloyd George und Wilson für die Befreiung des linken Rheinuferes Clemenceau versprochen haben, verlautet nichts, doch heißt es, daß die Engländer für diesen Zweck eine Anzahl Truppen zur Verfügung stellen wollen.

Rohstofflieferung an Deutschland.

Bonn, 16. April. (Renter.) Ein offizielles Communiqué aus Paris besagt, daß der Oberste Wirtschaftsrat den Plan gutgeheißen hat, der deutschen Regierung die in den Händen der allierten Regierungen befindlichen Ueberflüsse an Rohstoffen schon vor Abschluß des Friedensvertrages unter Bedingungen, die durch einen besonderen Anschluß gemeinsam mit den Blockade- und Finanzabteilungen des Obersten Rates angeordnet werden, käuflich anzubieten.

Zur Lage in Bayern.

Eine förmliche Schlacht in München. Aus Augsburg wird gemeldet: München befindet sich völlig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist wieder hergestellt. Der Kampf um den Haupt-

bahnhof, der mit Artillerie, Maschinengewehren, Handgranaten und Minenwerfern ausgefochten wurde, dauerte etwa drei Stunden und hatte das Gepräge einer förmlichen Schlacht. Er forderte etwa 150 Tote und Verwundete und endete mit dem Siege der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entwaffnet. Nach diesem Erfolge war das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu hören. Die ganze Garnison steht im Dienste der neu organisierten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der bewaffneten Arbeiter ist außerordentlich groß, sodaß die Kommunisten eine starke Macht sind. In ganz München herrscht Generalstreik. Alle Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Augsburg, 16. April. Die Spartakisten haben vor den Toren Münchens Feldwachen aufgestellt und Schützengraben ausgehoben, in die sie Maschinengewehre eingebaut haben. Sie haben auch an den wichtigsten Zugangsstraßen Münchens Artillerie aufgestellt.

Neue empfindbare Uebergriffe der Polen.

Die U-bergreif, die sich die unabhängigen Polen in der Provinz Polen herausnehmen, werden immer unerhörter. Der Oberste polnische Volksrat hat angeordnet, daß alle in dem besetzten Gebiete an den öffentlichen Schulen gehaltenen Besichtigungen (inschließlich der Direktoren), welche ihre Beziehung zu einer anderen Provinz oder in eine rein deutsche Gegend bezieht haben (1), sowie alle Studienoffiziere, Studienreferendare und sonstigen Militärs vom 1. April d. J. ab als nicht mehr in ihren Ämtern hinsichtlich angesehen werden und aus polnischen (2) Klassen keine Gehälter und Vergütungen zu beziehen haben. Von dieser Verordnung wird eine große Anzahl polnischer Studienteilnehmer betroffen. — Ferner hat der sogenannte Bildungspräsident Dr. G. Skowronski beantragt eine Verfügung zu erlassen, wonach allen Lehrern und Lehrern, die nur deutsch sprechen, zum 30. April d. J. ihre Stellen gekündigt werden. Spätestens Ende April haben sie ihre Dienstwohnungen zu räumen und hören auch alle ihre Dienstbesätze auf. Durch diesen Gewaltstreich werden aber tausend deutsche Familien mit einem Schläge heimatlos und obdachlos. Um sie vor dem Verhungern zu bewahren, rät der Deutsche Volksrat zu Polen (Rolle 2) zur Bildung von Hilfsvereinen in den Städten der Provinz aus. Diese Vereine sollen für die Bereitstellung von Wohnungen und Räumen zur vorläufigen Aufnahme, sowie für die notwendigen Geldmittel sorgen, um den Bedürftigen beizuhelfen. Wir hoffen jedoch, daß auch die deutsche Reichsregierung sowie die preussische Regierung mit aller gebotenen Eile die Interessen der verunglückten deutschen Lehrer und Lehrerinnen wahrnehmen und sie gegenüber den polnischen Gewalttaten in Schutz nehmen wird.

Nochmals: Die deutsche Regierung zu den polnischen Ansprüchen.

Danzig, 16. April. Auf einen Bericht über die großen deutschen Rungebrängen gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen ging von der Regierung folgendes, vom Reichsminister Erzberger unterzeichnetes Telegramm beim Generalkommando ein: „Die deutsche Regierung hat die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson angenommen, und sie wird nur auf dieser Basis unter Ablehnung aller Versuche von darüber hinausgehenden Uebergriffen verhandeln. Die Reichsregierung wird alles Erdenkliche tun, um den deutschen Besitz ungeschmälert zu erhalten. Was deutsch ist, muß deutsch bleiben.“

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, steht es nunmehr fest, daß die Nationalversammlung im September nach Berlin verlegt wird.

Oftener, Oherglocken, Tinet laute in allen Landen! Herz es, Gethien, mit Frohoden: Jesus Christ ist auferstanden! Auferstanden! Freudenkunde. Die vom Himmel aberschwebt, Klinge fort von Mund zu Mund: Jesus, unser Heiland, lebt! Gottesnacht drist ihn umlangen, Doch sie burst ihn nicht behalten: Seht mit königlichen Wangen! Ihn sein Siegespanier entfalten! Finstere Mächte, liegt im Stände: Euch bewang ein härterer Heil; Immer wird euch der zum Heilande, Der im Standen Christum hält! Du zu ihm, ihr Menschenkinder! Will euch Tod und Hölle nicht hindern! Christus, er, das Heil der Sünder, Wird vom Tode euch erwecken! Heute ist es euch gelungen, Die in Todesangst ihr bebt: Jesus hat den Sieg errungen, Jesus, euer Heiland, lebt! J. Lehmann.

Totales u. Provinzielles.

Sobran O.C., den 19. April 1919.

(Gefegnete Osterfesttage) wünscht allen verehrten Lesern die Schriftleitung des Stadtblattes.

(Den 30. Geburtstag) begeht am 1. Osterfesttag, Sonntag den 20. April d. J.,

Herr Dampfsgewerksbesitzer Paul Szajepan hiersehb. Der Jubilar, eine in allen Kreisen unserer Stadt und darüber hinaus hochgeschätzte Persönlichkeit, ist jetzt fast 80 Jahre alt. Der Herr Szajepan in vorbildlicher Weise stets ein wohlwollender und gerechter Bräuer, wie derselbe sich auch auf dem Gebiete der Caritas und Nächstenliebe stets an der Spitze mit offener Hand betätigt hat. Eine Reihe von Jahren hindurch vertrat er als Stadtverordneter und Ratmann städtische Interessen in weitestgehender Weise. Gegenwärtig ist er Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse hiersehb.

(Das Operetten Gastspiel), welches seitens der Breslauer Volksbühne für den 2. Osterfesttag hier angekündigt war, findet erst später statt.

(Das hiesige Lichtspielhaus) im Schützen Saale ist an beiden Osterfesttagen von 1/2 6 Uhr nachmittags an geöffnet und spielt mit abwechselndem Programm.

(Die Sobrauer Kaufmannschaft) hatte sich am Mittwoch abend, einer Einladung des Kaufmännischen Vereins „Merkur“ folgend, im Hotel „Zur Post“ versammelt, um über die achtsündige Beschäftigung der Angestellten nach der Verordnung der Reichsregierung vom 5. Februar, sowie des sich daraus ergebenden Offenhaltens der Geschäftslokale Stellung zu nehmen. Die betr. Verordnung schreibt vor, daß offne Geschäfte in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein müssen; demnach können dieselben von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, also 12 Stunden offen gehalten werden, eine Beschäftigung der Angestellten jedoch nur während 8 Stunden stattfinden. (Hierzu bemerken wir, daß sich nach dem Urteil maßgebender Volkswirtschaftler die achtsündige Arbeitszeit für die Dauer als unüberwindlich erweisen wird.) In der Personalmittel, welche von etwa 30 Geschäftsleuten besetzt war, wurde hauptsächlich auch darüber diskutiert, ob sich hierorts eine allgemeine Geschäftsschließung während der Mittagszeit, ausgenommen am Wochenmarkttage, ermöglichen ließe. Hierbei wurden Besprechungen laut, daß wenn auch diejenigen Geschäftsleute, welche Angestellte beschäftigen, ihre Geschäftslokale während der Mittagszeit schließen wollten, andere Geschäftsleute ohne Angestellte sich danach kaum richten würden, zumal sie geschäftlich hierzu nicht verpflichtet sind. Nach längerer Besprechung wählte die Versammlung schließlich eine Kommission, bestehend aus 9 Geschäftsleuten, welche mit dem Verein „Merkur“ noch zu bestimmenden Angelegenheiten über die Regelung der Beschäftigungszeit verhandeln soll. Auch die am 1. April d. J. in Kraft getretene völlige Sonntagsschließung wurde besprochen; da dieselbe gesetzlich festgelegt ist, muß sie auch hierorts durchgeführt werden, obwohl sie für die hiesige landwirtschaftliche Gegend, wie aus der Personalmittel hervorgeht, von einschneidender Bedeutung ist. Die im Gesetz festgelegenen 10 Sonntage im Jahre sollen für Sobran ebenfalls von der kombinierten Kommission bestimmt werden. Zum Schluß einigten sich die anwesenden Kaufleute dahin, an den 2. Osterfesttag und erstmals am 2. Osterfesttag d. J. ihre Geschäftslokale geschlossen zu halten.

(Der Verein der Kriegsteilnehmer) hat trotz seines erst kurzen Bestehens zum Osterfeste bereits 22 hiesige Kriegswitwen und 50 Kriegswaisen unterstützen können. Es ist darauf hingewiesen, daß nach dem Vereinsstatut auch Nicht Kriegsteilnehmer dem Verein als Förderer beitreten können, um dessen soziale Bestrebungen zu fördern. Es sind erfreulicherweise dem Verein bereits mehrere Männer mit einem Jahresbeitrag von 10 M. und 20 M. beigetreten.

(Schweine Diebstahl) Beim Grundbesitzer Franz Marcell in Klischow sind in der Nacht zum Dienstag zwei Schweine im Gewichte von 1 Centner bzw. 1/2 Centner aus dem verlassenen Stalle gestohlen worden. Der Bauernrat legte sich ins Mittel, um nach den Spurenbahnen zu forschen, und es gelang ihm, die Schweine im Gehöft des Händlers Sw. dorfsfeld zu ermitteln; ein davon, das schwarze, lag abgestochen im Misthaufen, das andere war noch lebend im Stalle. Als Dieb wurde die 20 Jahre alte Tochter des Sw. festgenommen, welche bei ihrer Vernehmung eingestand, den Diebstahl gemeinschaftlich mit dem Dienstmädchen C. aus Klischow ausgeführt zu haben. Das Fleisch sollte nach Sobran verkauft und von hier aus verschoben werden. — In letzter Zeit sind übrigens in Klischow 6 Schweinediebstähle ausgeführt worden, ohne daß es gelang, die Spurenbahnen zu ermitteln.

• **(Grenzschutz und Publikum.)** Berichtigungsberichte sprach Dr. Oite anlässlich der großen Versammlung Rheinischer Katholiken am letzten Sonntag. Er wies darauf hin, daß wir die Regierungstruppen, zu denen doch der Grenzschutz in erster Linie gehört, dankbar sein müssen, daß sie das Land und seine Bevölkerung gegen den Terror von Innen und Außen schützen. In einer Zeit, wie der gegenwärtigen, kommen mit mehr oder minderer Dringlichkeit Klagen über einzelne Willkürpersonen überall vor. Einzelne Angehörigkeiten sind augenblicklich nicht aus der Welt zu schaffen. Aber ohne den Regierungstruppen wäre dem Terror überall Tür und Tor geöffnet und Leben und Eigentum der Bevölkerung wären gefährdet. Deshalb muß man diesen Truppen dankbar sein, die unter Einsatz ihres Lebens den Terror bekämpfen und Ruhe und Ordnung wiederherstellen. Keine Revolution ist ohne Aufstände und ohne bedeutende Opfer. Die Revolution in Deutschland hat solcher Aufstände und Opfer bisher verhältnismäßig weniger gezeigt als gewaltsame Umwälzungen in anderen Staaten. Solche Aufstände sind nicht nur zu vermeiden, sondern vor allem zu verhindern. Es ist bekannt, wie das Verbot von Kundgebungen überall überhand nimmt. Wie wäre es erst, wenn keine Truppen da wären, die von den Banditen und Dieben gefährdet würden. Das muß auch dazu führen, die schwersten Missetatungen des Belagerungszustandes mit Gewalt zu erzwingen.

• **(Der 1. Mai Nationalfeiertag.)** In der Deutschen Nationalversammlung wurde eine Regierungsvorlage eingebracht, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erhoben werden soll. Die Abg. v. Bayer (D.M.) und Müller-Breslau (Soz.) brachten den einschlägigen § 1 wie folgt zu fassen: Es wird ein allgemeiner Feiertag eingebracht, der dem Gedächtnis des Weltkrieges, des Völkerverbandes und des internationalen Arbeitertages gewidmet ist und für den der Charakter eines Volkstages erstreckt wird. Dieser vollständige Feiertag erfolgt nach Freiberstaltung und Verabschiedung der Reichstag. In diesem Jahre wird der 1. Mai gefeiert, zugleich als eine Volkstagsfeier für politische und soziale Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Abmilderung der schlimmsten Strafen und für volle Gleichberechtigung im Völkerverband. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag. Der Reichstag wurde in vorwärtlicher Abstimmung mit 181 gegen 86 Stimmen und 10 Stimmenthaltungen in allen drei Lesungen angenommen.

• **(Betrifft Regelung der Arbeitszeit der Angestellten.)** Nach der Verordnung vom 18. März 1919 dürfen vom 1. April 1919 ab Angestellte sowohl in Privatbetrieben als bei Behörden regelmäßig täglich ausschließlich der Pause nur 8 Stunden beschäftigt werden. Durch Tarifvertrag kann an Stelle der täglichen 8 Stundenarbeitszeit eine 48 Stunden- wöchentliche oder eine 96 Stunden- wöchentliche Doppeltarbeitszeit in Betracht kommen. Durch Vereinbarung der Beteiligten kann die tägliche Arbeitszeit entsprechend vermindert werden, wenn an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage eine Verletzung der Arbeitszeit stattfindet. Den Angestellten ist eine mind. stens 1/2 stündige Pause zu gewähren und bei einer Arbeitszeit über 4 Uhr nachmittags hinaus eine 1 1/2 stündige Pause, sofern die Angestellten ihre Hauptnahrungsmittel auswärts einnehmen müssen. Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Angestellten eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden zu gewähren. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sind im Einvernehmen mit dem Angestelltenausschuß bzw. mit der Arbeitgeberchaft festzusetzen und durch Ausschuss bekannt zu machen. In Notfällen, im öffentlichen Interesse, zur Verhütung des Verderbens von Waren oder des Mißlingens von Arbeitsvorgängen kann die 8 stündige Arbeitszeit ausnahmsweise überschritten werden, jedoch ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen betr. der geleisteten Überstunden und der Art der vorgenommenen Arbeiten. Am 20. der Bestimmung des Arbeitgebers überlassen Tagen im Jahre darf die Beschäftigung 10 Stunden dauern und bis 10 Uhr abends. Durch Tarifvertrag kann die Zahl der zugelassenen Überarbeitstage im Jahre bis 30 festgesetzt werden. Auch diese Überarbeit ist auf einer Tafel einzutragen. Bei unvernünftigen Störungen kann die Aufsichtsbehörde Ausnahmen gestatten. Die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden den Gewerbeaufsichtsbeamten oder besonderen Beamten zu übertragen; bei bergbaulichen Betrieben den Bergwerksbeamten. Die Aufsichtsbeamten sind befugt, mit den Angestelltenausschüssen im Einverständnis des Arbeitgebers oder allein zu verhan-

deln und zu diesem Zweck die Angestelltenausschüsse einzuberufen. Nähere Auskunft über die Bestimmungen erteilt die Gewerbeaufsichtskontrollor, Gartenstr. 15 I.

• **(Preisdruck in Bekleidungsgegenständen im Sicht.)** Auf der Generalversammlung der Rheinischen Baumwollspinnerei und Weberei in Angsburg machte der Vorsitzende die Aufsehen erregende Mitteilung, daß im Falle der Genehmigung einer mehr oder minder freien Einfuhr von Rohbaumwolle sicherlich und die Bedienung anfertigt werde, die Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikation keine Hindernisse in den Weg zu legen. Dazu aber ist angestrebt der großen ausländischen Vorräte an Baumwolle, von denen bereits Offerten zu erhaltenden billigen Preisen vorliegen, mit einem derart niedrigen Preisdruck zu rechnen. Die deutsche Textilindustrie werde dadurch zwar sehr geschädigt, aber in sozialwirtschaftlicher Hinsicht sei der Preisdruck zu begrüßen, denn vorausgesetzt werde er zu einer allgemeinen Verbilligung der Lebenshaltung der Arbeiter führen. Diese widerwärtige heilsame Wirkung auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und damit auf die Arbeitsmoralität der deutschen Industrie ausüben. Das sind also für die Allgemeinheit sehr erfreuliche Aussichten. Hoffen wir, daß sie recht bald in Erfüllung gehen. Ubrigens dürften wir auch bezüglich der Wolle am Ende noch gut abwarten. In Südamerika lagern nämlich für deutsche Rechnung 100 Millionen englische Pfund Wolle. Die englischen Händler möchten allerdings diese Wolle nicht aus Deutschland gehen lassen, um einen Wettbewerb der daraus gefertigten Waren mit englischen Fabrikaten zu verhindern. Wir sollen aber englische Wollefabrikate erhalten, zugleich erhalten wir aber auch weitere argentinische Wolle und schließlich auch amerikanische. Schon jetzt gehen in Amerika die Wollepreise zurück.

• **(Eine Stadt ohne Magistrat.)** Die Stadt Rummelsburg ist seit Mittwoch ohne Magistrat, da sämtliche Ratsherren ihre Ämter niedergelegt haben und ein neuer Bürgermeister noch nicht gewählt ist.

• **(Der neue Kurs in Oberschlesien.)** In Verfolg der am 30. Dezember 1918 von dem Volksrat der Provinz Schlesiens gefassten Entschlüsse ist den Wärschen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens infolgedessen weiter entgegenzukommen worden, als jetzt auch ein kath. polnisch sprechender Geistlicher, der Seminarvikar Wrat aus Ronsberg O.S., in die Kirchen- und Schulverwaltung der Oppolner Regierung berufen worden ist.

• **(Ein Sympathiestreik in Oberschlesien.)** In Hindenburg wurde durch Flugblätter von den Kommunisten Donnerstag ein Sympathiestreik für Essen und München proklamiert. Demzufolge ruht auf der Graf-Fraas- und Wolfgang-Grube der Betrieb. Auch die Klopphasgrube ist noch im Auslande. Auf der Donnerwald-Grube und Hütle wird dagegen voll gearbeitet.

• **(Hindenburg wieder Jagze — Hohensalza Snowrazlaw.)** Die Nachrichten über die Regierung macht weitere Fortschritte. Wie der „Berliner Volkszeitung“ erteilt, wird Hindenburg in Oberschlesien in unmittelbarer Nähe bereits wieder Jagze genannt und Hohensalza wieder Snowrazlaw.

• **(Forderungen der schlesischen Landwirtschaft.)** Sämtliche schlesischen landwirtschaftlichen Vorkomitees haben am 15. April eine Resolution abgeben lassen, an den Reichspräsidenten Ebert, den Ministerpräsidenten Scheidemann und die deutsche Nationalversammlung in Weimar. Sie fordern darin: Sofortigen Abbau jülicher Zwangsirtschaft; gesunde Preisregulierung der landwirtschaftlichen Produkte; gleiche Behandlung aller Teile des Staates.

• **(Die Streikbewegung in Oberschlesien.)** Auf der Klopphas-Grube ist Mittwoch die ganze Belegschaft, gegen 2000 Mann, in den Ausstand getreten. Dienstag mittag drang die Arbeiterchaft in das Büro des Bergwerksdirektors Jüngst ein und brachte diesen mit Gewalt nach dem Jüchenhause. Dort stellte sie an ihn die Forderung einer Lohnaufbesserung und besseren Lebensmittelförderung. Die Arbeiterchaft hat sich an den Organisationsausschuß gewandt, welcher an den heutigen Verhandlungen teilnehmen wird. Der Betrieb ruht vollständig, nur die notwendigen Arbeiten werden ausgeführt. Auf der Brandenburg-Grube ist der Betrieb wieder aufgenommen worden, nachdem die Forderung auf Entferrnung des Grenzschutzes erfüllt worden ist.

• **(Zur Bekämpfung des Schmuggels)** hat der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln im Einverständnis mit der Regierung mehrere Rostrodener bestellt, die ohne Personen zu sich laden, die sich für den eigenen Hausbedarf etwas vom Lande holen — dem gewerbmächtigen Schmuggel zu Hilfe gehen

sollen. In wenigen Tagen der Kontrollmäßigkeit sind bereits Werte von vielen hunderttausend Mark erfasst worden — außer riesigen Geldsummen, die ins Ausland gebracht werden sollten, große Mengen wichtiger Lebensmittel, ferner Seife, Leder und Garne aller Art.

• **(Wucherpreise für junge Gänse.)** Eine junge Gans, einen Tag alt, kostet in Dirschel (Kreis Bobbschuh) 30 Mark.

• **(Grundpreise für Frühkartoffeln.)** Vom Reichsverbandsgewerksmeister wird mitgeteilt: Es umfangreicher, nach Möglichkeit gesteigerter Anbau von Frühkartoffeln ist in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre zwingend notwendig. Die Preisregulierung erfolgt gleichfalls im wesentlichen wie 1918: Der Grundpreis beträgt demnach im Monat Juli 8 Mark für den Zentner. Er kann aber um den großen Preisverfall infolge innerhalb der einzelnen Anbaugelände in der Ertragsleistung und in der Reifezeit der Frühkartoffeln geändert zu werden, durch die Bundes- und Provinzialkartoffelstellen bis zur Höchstgrenze von 12 Mark erhöht werden. Im August und September ist sodann der Preis durch die genannten Stellen auf den demnach festzusetzenden Preis für Frühkartoffeln zu setzen.

• **(Das Mandat von Kautz unglücklich.)** Der Abgeordnete der Preussischen Landesversammlung, Herr Kautz, hatte Anfang Februar sein Mandat niedergelegt, später aber erklärt, er werde seinen Wahlkreis wieder übernehmen. Der Wahlprüfungsausschuß hat jetzt beschlossen, das Mandat des Abg. Kautz als erloschen zu betrachten, denn eine Mandatsübernahme mußte als endgültiger Entschluß angesehen werden.

• **(Der sechsten Million entgegen.)** Die Unterkommenkommission für die Weltkriegsopfer an die National- und die geschädigten Bundesvereinigungen zur Erhaltung der öffentlichen Gesundheit des Reiches hat die Zahl von 5 Millionen überschritten und dürfte, da die Sammlung weiter geht, 6 Millionen Stimmen erreichen.

• **Fischgrund, 16. April.** Eine Räuberbande brach in der Nacht von Sonntag zu Montag in das Gebiet des hiesigen Pfarramtes ein, um die Pferde zu stehlen. Durch das Geräusch erweckte der Wirt und übernahm die Pferde auf dem Hof. Er wurde jedoch mit Revolvern bedroht und mit vorgehaltener Waffe genötigt, der Entwendung seiner Pferde unwillig zuzusehen. Die Pferde beschonnen vorläufig mit den Pferden. Die Spur führt nach dem Kreise Ratibor.

• **Nikola, 17. April.** Infolge städtischer erheblicher Mißbräutigungen müssen 320 Prozent Kommunal-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie 200 Prozent Betriebssteuern erhoben werden.

• **Stewitz, 17. April.** (Ein falscher Arzt!) Ende März d. J. ließ sich hier, Truchsestr. 33, ein angeblicher Dr. Alwin Almers, praktischer Arzt und nach seiner Angabe schwedischer Staatsbürger, nieder. Da die Ausübung der Heilkunde durch den „Herrn Doktor“ zu Bedenken Anlaß gab, nahm die Kriminalpolizei Veranlassung, ihn näher zu betrachten. Nach eingehenden Ermittlungen stellte sie fest, daß der Mann weder Schwizer noch praktischer Arzt ist. Er ist vielmehr der Sohn eines St. Ansbachers in Twarog, von Beruf Schloffer und hiesiger Anwalt, Alfred Zmarzly. Der Herr Doktor wurde hinter Schloß und Riegel gesetzt. Irrendwilde Ausweispapiere besaß er nicht, sondern lediglich einen von ihm selbst gefertigten Ausweis, der von ortsgroßherzoglichen Führen münchlich, mit Stempelabdruck einer französischen Mairie (Bürgermeisteramt).

• **Wentzen, 17. April.** (Abgefeht!) Auf der Bismarckhütte wurde gestern der Generaldirektor Thiele und Direktor Noesen von der Arbeiterchaft abgesetzt. Weitere Abschnungen sind noch geplant. Verhandlungen sind eingeleitet, so findet heute eine Konferenz zwischen der Arbeiterchaft und dem oberständlichen Staatskommissariat statt.

• **Stadtsamts-Nachrichten von Cöhran.** Sterbefälle.

Am 17. April der Webermeister Johann Lyrtantia, 61 Jahre alt.

• **Ev. Gemeinde Cöhran O.S.**

Sonntag, den 20. April (Osterfesttag):  
1/2 10 Uhr vormittags deutscher, 11 Uhr vorm.  
polnischer Gottesdienst.

Donnerstag abend wurde von rußlosen Subenbüden gegen das Haus Köpferstraße Nr. 96 ein Steinwurf ausgeführt. Demjenigen, welcher mir den Täter so nachweist, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, sichere ich eine angemessene Belohnung zu.  
Der Diener.

### Bekanntmachung.

Infolge Verfügung des Generalkommandos im Einvernehmen mit dem Zentralfeldkommando haben sämtliche bereits entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften, soweit sie noch Uniformen tragen, die Schulterklappen sowie Rang- und Dienstabzeichen abzugeben. Unberechtigtiges Tragen von Schulterklappen, Rang- und Dienstabzeichen wird bestraft.

Bezirkskommando Rybnik.

### Bekanntmachung.

Nachdem von dem Herrn Staatskommissar für den Kreis Rybnik Revisoren zur Bekämpfung jeglichen Schleichhandels und Wuchers beauftragt worden und diese mit Polizeigewalt ausgestattet sind, wird die Kaufmannschaft darauf aufmerksam gemacht, daß diesen Beamten jeder gewaltsame Ausverkauf zu erlauben ist. Der wissenschaftliche Angaben nach, verfällt in Geldstrafen. Auch dürfen von den Beamten Durchsuchungen aller Räume pp., auch Beschlagnahmen vorgenommen werden. Die rationellsten Betriebsmittel dürfen nur zu den vom Kommunalverband festgesetzten Preisen abgegeben werden. Andere Waren, Betriebs- und Verbrauchsmittel dürfen nur mit einem Aufschlag von höchstens 25% gehandelt werden.

Fleisch darf nur zum Höchstpreis abgegeben werden. Die Kaufmannschaften werden gebeten, bei Preisübersteigerungen sowie Verbot des Wuchers und des Schleichhandels unverzüglich dem Kreisvolkssrat Rybnik (Telefon Nr. 101) Anzeige zu erstatten.

Rybnik, den 15. April 1919.

Kreisvolkssrat.

### Bekanntmachung.

Als Pferde-Futter kann aus Schilfrohrhäcksel und Strohrütelmehl vom Kreis-Ausschuß geliefert werden. Alle Pferdebesitzer, welche darauf Anspruch erheben, wollen sich umgehend bei dem Zimmer 4 melden, damit wir die Verfüzung weiter geben können.

Sohrau O.S., den 17. April 1919.

Der Magistrat. Reich.

### Bekanntmachung.

Sie erwarten den Eingang einer geringen Menge Saatkartoffeln.

Nur diejenigen Landwirte, welche nachweisbar dringende Saatkartoffeln benötigen, wollen sich unter Vorlegung der Saatkarte bis spätestens Dienstag den 22. d. M. vormittags 10 Uhr bei uns - Zimmer 6 - melden.

Die Abgabe an den einzelnen Landwirt kann ebenfalls nur gering sein.

Sohrau O.S., den 18. April 1919.

Der Magistrat. Reich.

### Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, den 23. April 1919, vormittags 9 Uhr

werde ich in Hallowitz

### eine Milchziege

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Versammlung im Gasthause daselbst.

Sohrau O.S., den 18. April 1919.

Müller, Gerichtsvollzieher.

### Verloren

auf dem Wege von B o s c h y nach B a l l o w i z eine grüne Brieftasche mit ca. 80 M. Inhalt sowie Notizbuch mit verschiedenen Ausweispapieren pp., lautend auf meinen Namen. Der Wiederbringer erhält eine angemessene Belohnung.

Mathias Larisch,  
Essig, R. Pleß.

### Gefunden ein Ferkel

auf der Straße von Borin nach Sohrau. Gegen Erhaltung der Kosten abzugeben bei

Kutschera, Schweinekolonist.

### Eine gute Milchziege

steht zum Verkauf bei

Malisius, Rybnikerstraße.

### Futterrüben

gibt noch sahrenweise ab

Dominium Pawlowitz.

### Stroh

gibt sahrenweise ab für Kreis Pleß

Dominium Timmendorf O.-S.

Geld gegen monatliche Rückzahlung

bezahlt  
B. Calderarow, Hamburg 6.

## Sämtliche Schulbücher und Schulhefte für die Volksschulen, höhere Knaben- und höhere Mädchenschule

sind vorrätig in

P. Hunold's Papierhandlung.

## Pädagogium Katscher (Kr. Loobschütz)

Gegr. 1840. Sich. Vorbereit. bis O II aller höh. Schulen u. z. Einjährigen. Intern. m. streng ger. Hausordnung. Beaufsichtigt. d. Schularbeiten. Prospekt.

Es best. nachweislich das Einj.-Examen: Ostern 15 alle Prüflinge, Ostern 16 von 13 Prüflingen 12, Herbst 17 am Gymn. Ratibor v. 9 Prüfl. 8, Ostern 18 am Gymn. Ratibor v. 7 Prüfl. 6.

## Dominium Riegersdorf

verkauft

## Ackerstücke in beliebiger Morgenzahl

zu günstigen Bedingungen. Besichtigung und Verkauf vom 23. April ab jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Kriegsinvaliden und Kriegsteilnehmer werden bevorzugt.

Die Gutsverwaltung.

Bin unter Nr. 11 an das Fernsprechnetz Golassowiz angeschlossen.

Carl Medla,

Kaufmann und Gasthausbesitzer,  
Zarjamblowiz (Kaindowka)

### Geschäftseröffnung.

Einem geehrten Publikum von Sohrau und Umgegend hiermit zur Kenntnis, daß ich am hiesigen Orte im Hause meiner Eltern Holzstraße (früher Ed. Kulas) ein

### Friseur-Geschäft

eröffnet habe.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine Kundenschaft reell und sauber zu bedienen. Um gütigen Zuspruch bittend,

zeichne

Hochachtungsvoll

Walter Hitschold, Friseur.

### Spazierstöcke

in großer Auswahl eingetroffen.

A. Adamek,

Cigarrengehäkt, Sohrau.

Großes Lager in 585 und 393 gest.

### goldenen Trauringen.

Engelmann, Rybnickowka.

### Der Durchgang und Durchfahrt

auf unserem Grenzweg ist streng untersagt. Uebertretungen werden wir unmissverständlich zur Anzeige bringen.

Frau Anna Gaertner,

Molkereibesitzerin.

Carl Friedetzki,

Maschinist.

### Slawierstunden

erteilt sachgemäß

Th. Kutz, Chorregent.

### Gebrauchte Ziegelsteine

zu verkaufen.

Paulshütte.

### Einen Lehrling

gegen Entgelt sowie 2 Arbeitsbüchern stellt sofort ein

J. Witalla, Malermeister.

## Zum Feste

offert

## Dortmunder Union

in Flaschen

## R. Nawroth

Bierverlag.

## Lichtspielhaus Sohrau

(Schützen's Saal.)

### An beiden Osterfeiertagen

Sonntag den 20. u. Montag den 21. April  
abwechselndes Programm, u. a.:

## Egede Nissen

im Film

## Die lachende Seele.

Schauspiel in 4 Akten

Hauptrolle Egede Nissen.

## Direkter

## Zwick-Zwack.

Lustspiel in 2 Akten mit Albert Paulig.

An beiden Tagen

zwei Vorführungen, 1/2 6 und 8 Uhr.

## Reichenberger's

## Zahn-Atelier

Sohrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,

Nachmittags von 2-6 Uhr.

Sonntags von 9-12 Uhr.

## Ein Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, das Barbierhandwerk zu erlernen, melde sich bei  
Max Strachotta,  
Friseur, Rybnik.